

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 23.03.2025)

Titel: **The show must go on - Schrumpffunk verhindern**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten.

Antragstext

1 Wir lehnen die geplante Reform des Rundfunkstaatsvertrags in der vorgesehenen
2 Form ab. Zum einen kritisieren wir die Verbindung einer Reform mit der Erhöhung
3 des Rundfunkbeitrags, da wir dieses Vorgehen für verfassungswidrig halten. Des
4 Weiteren erachten wir das durch die Reform geplante Verbot sogenannter
5 presseähnlicher Veröffentlichungen in den Online-Präsenzen des öffentlich-
6 rechtlichen Rundfunks als eine unsinnige Regelung. Dabei handelt es sich um ein
7 Verbot für öffentlich-rechtliche Medien, Texte ab einer bestimmten Länge online
8 zu veröffentlichen.

9 Daher fordern wir die geplante Auszerrung des ÖRR zu stoppen. Außerdem wollen
10 wir verhindern, dass die Präsenz des Öffentlich rechtlichen Rundfunks (ÖRR),
11 vorallem online, durch die geplante Reform zwangsbeschnitten wird. Gleichzeitig
12 sehen wir In der, durch die Reform angedachten, Zusammenlegung einzelner
13 Rundfunkanstalten, beziehungsweise dessen Teilbereichen einen Schritt in die
14 richtige Richtung. Dieser sollte allerdings auch konsequent zuende gedacht
15 werden, sodass Synergien zwischen den Medienhäusern sinnvoll genutzt werden
16 können. Als Jusos fordern wir außerdem das Ende prekärer Beschftigungnen im ÖRR,
17 wie sie leider im heutigen System keine Seltenheit sind. Die Reform sollte daher
18 zumindest auch eine Regelung zu Mindestvergütungen und Vertragslaufzeiten
19 enthalten, vorzugsweise soll die Beschäftigung über einen Tarifvertrag mit
20 möglichst breiter Anwendung geregelt werden.

Begründung

Das geplante Verbot sogenannter presseähnlicher Veröffentlichungen dient aus unserer Sicht lediglich der Verringerung der Konkurrenz für große Medienhäuser wie etwa den Springer-Konzern. Darin erkennen wir die direkte Umsetzung einer Lobbyforderung, welche darauf abzielt den ÖRR zu schwächen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seiner staatsfernen und der Beitragsfinanzierung ist eine der größten Errungenschaften unseres demokratischen Diskurses. Eine Zusammenstreichung aufgrund zeitweiser populistischer Strömungen, die diese Errungenschaften offen in Frage stellen, wäre ein Verlust der nur schwer wieder umgekehrt werden könnte.